Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (2001)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Register: Vollzug der Richtlinien der Regierungspolitik 1999-2002

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Vollzug der Richtlinien der Regierungspolitik 1999–2002

Gemäss der bestehenden Konzeption der politischen Gesamtplanung erfolgt die Berichterstattung über den Vollzug der Richtlinien der Regierungspolitik im Wesentlichen durch die Berichterstattung in den Verwaltungsberichten. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2001 übernimmt damit die Funktion des bisherigen Vollzugsberichtes am Ende der Legislatur. Im Kapitel Ausgangslage der Richtlinien der Regierungspolitik 2003–2006 wird zudem – als Grundlage für die neuen Regierungsrichtlinien – ebenfalls eine kurze Berichterstattung über den Vollzug der Richtlinien der Regierungspolitik 1999–2002 erfolgen.

Staatskanzlei

Ziele/Massnahmen	Priorität	Frist	Stand/Vollzug
801.1 Dem Berner Jura schrittweise mehr Autonomie gewähren.			Mit diesem Ziel sollte schrittweise die Einsetzung eines Sonderstatuts angestrebt werden. Die während der Legislatur gemachten Überlegungen haben gezeigt, dass es nun an der Zeit ist, dieses Endziel zu erreichen. Die entsprechenden Schritte wurden eingeleitet.
801.1.1 Weiterführung der Gedankenarbeit im Auftrag des Regionalrats.	1	27. September 2000	Die eingehende Gedankenarbeit des Regionalrats, die mit einem Bericht abgeschlossen wurde, hat zu einer Änderung des Ziels geführt.
801.1.2 Änderung des Gesetzes über die politische Mitwirkung.	1	2001	Der Beschluss, unverzüglich zur Einsetzung eines Sonderstatuts überzugehen, bedingt die Ausarbeitung eines neuen Gesetzes, welches das Gesetz über die politische Mitwirkung ersetzen wird. Die entsprechenden Arbeiten wurden Ende 2001 aufgenommen, und der Regierungsrat hat seine Anträge Ende Februar 2002 dem Regionalrat zur Stellungnahme vorgelegt.

Volkswirtschaftsdirektion

802 Aufgabenfeld Landwirtschaft

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
802.1 Die Wettbewerbsfähigkeit der bernischen Landwirtschaft über eine höhere Wertschöpfung und tiefere Produktionskosten unter Einbezug der Ökologie verbessern.			
802.1.1 Die kantonalen Fördermassnahmen machen Qualität und Regionalität zum strategischen Erfolgspotenzial und stellen eine flächendeckende, naturnahe Bewirtschaftung sicher.	1	Daueraufgabe	Mit der Schaffung einer Fachstelle für regionale Vermarktung wurde die Erfolgsposition für regionale Spezialitäten im Hügel- und Berggebiet gestärkt. Die rasche Umsetzung der Ökoqualitätsverordnung des Bundes setzte in Gebieten mit intensiver Landwirtschaft einen Schwerpunkt in Ökologie. Ein Viertel aller Gemeinden beteiligt sich am Förderprogramm.
802.1.2 Strukturförderungsmassnahmen werden nach regional differenzierten Leitbildern vollzogen.	1	2002	Insgesamt wurden 17,5 Mio. Fr. Kantonsbeiträge und 14,2 Mio. Franken Bundesbeiträge sowie 61,3 Mio. Franken zinsfreie Darlehen für differenzierte Strukturfördermassnahmen eingesetzt.
802.1.3 Das Bildungs- und Beratungsangebot wird konsequent nach den erwähnten Massnahmen ausgerichtet, ist bedürfnisgerecht sowie qualitativ hochstehend und wird von jeder Bauernfamilie genutzt.	1	2002	Die Führungsstruktur der Inforama wurde gestrafft und auf eine Geschäftsleitung mit einem Direktor reduziert. Zur Steigerung der Attraktivität der Berufsbildung wurde ein Projekt «dreijährige Lehre» gestartet.

803 *Aufgabenfeld Waldwirtschaft*

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
803.1 Notwendige Waldpflege zur Erhaltung und Förderung der örtlich wichtigsten Waldfunktionen sichern.			
803.1.1 Waldbesitzer in der funktionsgerechten Bewirtschaftung ihres Waldes beraten und unterstützen.	1	Daueraufgabe	Beratung der Waldbesitzer durch den staatlichen Forstdienst und die Förster der Gemeindereviere.
803.1.2 Mit zielgerichteter Planung örtlich wichtige Leistungen des Waldes bezeichnen, Interessenkonflikte bereinigen und geeignete forstliche Massnahmen zur Funktionssicherung aufzeigen.	2	Ausarbeitung von insgesamt 31 Regionalen Waldplänen (RWP) bis 2010.	RWP «Lütschinentäler» und «Gantrisch» sind genehmigt; insgesamt 8 RWP waren 2001 in Bearbeitung.
803.1.3 Öffentliche Mittel gezielt nach Massgabe der öffentlichen Interessen einsetzen sowie Methoden zur Steigerung der Effektivität der Fördermittel entwickeln.	2	Daueraufgabe	ERKOS-Grobuntersuchungen gemäss Übersicht Kapitel 3. 7.1 bis 2002.

804 *Aufgabenfeld Wirtschaftliche Entwicklung*

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
804.1 Zur Wettbewerbs- und Entwicklungsfähigkeit der Wirtschaftsakteure im Kanton Bern beitragen.		Daueraufgabe	Grundstücke des Kantons zur Promotion ausgeschrieben. Kandidatur Bern 2010 erhielt Zuschlag für Olympia-Kandidatur.
804.1.1 Innovativen Projekten im Kanton Bern zur Verwirklichung verhelfen sowie die Ansiedlung entsprechender Firmen erleichtern.	1	Daueraufgabe	2001 wurden 77 Projekte gefördert, die in den nächsten Jahren rund 1100 neue Arbeitsplätze schaffen und Investitionen von rund 580 Mio. Franken auslösen werden.
804.1.2 Die wirtschaftliche Stabilität in den Regionen erhöhen und Unterschieden zwischen den einzelnen Regionen entgegenwirken, namentlich mit gezielten Massnahmen in einzelnen Sektoren wie der Förderung des Wohnungsbaus oder des Tourismus.	1	Daueraufgabe	Diskussion zur Bildung touristischer Destinationen im Berner Oberland. Stellungnahme zu einem neuen Bundesgesetz über die Wohnbauförderung. Musterreglement zur Tourismusförderungsabgabe erarbeitet.
804.1.3 Die rasche Verwirklichung von grossen, für den Kanton wichtigen Projekten mit dem Aufbau einer geeigneten Projektorganisation unterstützen.	2	1999	Umgesetzt.
804.1.4 Mit der Verwirklichung der Expo.01 einen nachhaltigen und längerfristigen Entwicklungsimpuls in der Region auslösen, namentlich im Tourismus.	2	2002	2001 wurden die Planungsarbeiten der wichtigsten Projekte abgeschlossen und mit der Umsetzung begonnen. Dazu zählen u. a. das Projekt B^2 und die touristische Vermarktung der 3-Seen-Region.

805 *Aufgabenfeld Industrie, Gewerbe und Arbeit*

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
805.1 Förderung und Erhaltung eines ausgeglichenen Arbeitsmarktes und Bekämpfung der Folgen unverschuldeter Arbeitslosigkeit.			
805.1.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung der gemeldeten Stellensuchenden durch Arbeitsvermittlung oder Erhaltung ihrer Arbeitsfähigkeit durch vorübergehende Beschäftigung und Weiterbildung.	1	Daueraufgabe	Betreiben der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) gemäss Leistungsvereinbarung mit dem Bund und Durchführen von arbeitsmarktlichen Massnahmen.

806 *Aufgabenfeld Natur*

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
806.1 Naturnahe, ökologisch wertvolle Lebensräume wirksam erhalten und untereinander vernetzen.		Daueraufgabe	– Fehlende Mittel führen im Naturschutz zu einem Vollzugsnotstand. – Mehrere Aufstiegshindernisse für wandernde Fischarten in Flüssen wurden baulich saniert und damit die Längsvernetzung der Gewässer wieder hergestellt.
806.1.1 Verbaute Gewässer und von ihnen geprägte Landschaften mit den vorhandenen Mitteln aus der Spezialfinanzierung renaturieren und ökologische Ausgleichsflächen neu schaffen.	1	Daueraufgabe	Dank dem Renaturierungsfonds konnten in guter Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Wasserbauverbänden zahlreiche Gewässerabschnitte ökologisch aufgewertet werden.

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
806.1.2 Staatliche Förder- und Fiskalmassnahmen besser auf ökologische Ziele ausrichten und mit diesen abstimmen.	1	Daueraufgabe	Die Forderung nach Nachhaltigkeit betrifft alle kantonalen Aufgaben.
806.1.3 Ruhegebiete für wild lebende Tiere schaffen.	2	ab 2002	Die vorberatende Kommission lehnte gesetzliche Grundlagen für Wildruhegebiete ab. Es bleibt offen, ob solche gestützt auf Verordnungsrecht geschaffen werden sollten.

806a Aufgabenfelder Landwirtschaft, Natur und wirtschaftliche Entwicklung gemeinsam (volkswirtschaftliche Ziele und zugehörige Massnahmen)

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
806a.1 Die Wettbewerbsfähigkeit der bernischen Volkswirtschaft stärken und deren nachhaltige Entwicklung fördern.		Daueraufgabe	Bericht 2001 zur wirtschaftlichen Situation des Kantons Bern veröffentlicht. Der Wirtschaftsrat hat seine Untersuchungen abgeschlossen.
806a.1.1 Durch eine laufende Optimierung der Rahmenbedingungen die Standortqualitäten verbessern und zur Steigerung der Wertschöpfung beitragen.	1	Daueraufgabe	Diskussion um längere Ladenöffnungszeiten während der Expo.02 geführt. Konzept für Sicherheit im Trendsport entwickelt.
806a.1.2 Volkswirtschaftliche Ziele sind vermehrt unter einer langfristigen Optik zu beurteilen und das Prinzip der Nachhaltigkeit ist bei allen Förder- und Fiskalmassnahmen des Kantons zu berücksichtigen.	1	Daueraufgabe	Die Nachhaltigkeit tritt gegenüber dem Wachstum in den Hintergrund.
806a.1.3 Zur Aufrechterhaltung der dezentralen Besiedelung sind in den Randregionen Erwerbsmöglichkeiten zu erhalten und zu schaffen.	1	bis 2005	Die Subventionen für Wohnbausanierungen werden neu wieder aufgenommen. Der Vollzug des neuen Raumplanungsgesetzes und die Formulierung des neuen kantonalen Richtplanes haben sich nach dieser Zielsetzung zu richten.

Gesundheits- und Fürsorgedirektion

807 Aufgabenfeld Gesundheitswesen

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
807.1 Reform der Spitalversorgung nach dem Modell Partnerschaft gemäss Volksbeschluss vom 23. November 1997 und den Vorgaben des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) umsetzen sowie Grundlagen für die Neuorganisation der Psychiatrieversorgung erarbeiten.			
807.1.1 Spitalversorgungsgesetz und dazugehörige Folgeerlasse und Steuerungsinstrumente (Verordnungen, Versorgungsbericht des Regierungsrates, Rahmenkredit usw.) erarbeiten sowie Rechtsgrundlagen für Psychiatrie und Berufsbildung regeln.	1	Einführung SpVG: 2004	– SpG-Änderung ist auf den 1. Januar 2002 in Kraft getreten und die Finanzierungsverantwortung auf den Kanton übergegangen. – SpVG-Entwurf in Bearbeitung durch GEF unter Einbezug von Dialogpartnern und Experten.
807.1.2 Strukturanpassungen bis zum Inkrafttreten des Spitalversorgungsgesetzes, d. h. für die Jahre 1999 und 2000 umsetzen (Einvernehmliche Strukturanpassung 99 [ESa 99], Revision des Spitalgesetzes zwecks Zulassung von privatrechtlichen Trägerschaftsformen für Bezirks- und Regionalspitäler).	1		– Die Strukuranpassungen sind umgesetzt. – Leistungsverträge mit neuen Abgeltungsmodellen sind für 2002 grösstenteils abgeschlossen.
807.1.3 Spitalliste und zugehörige Planungsgrundlagen gemäss KVG für die Jahre 1999 und 2000 (bis zum Inkrafttreten des Spitalversorgungsgesetzes) erlassen.	1		Listen RRB wird je nach Bedarf durch RR geändert.
807.1.4 Einführungsgesetz zum KVG erlassen.	2		Auf den 1. Januar 2001 in Kraft getreten (Feder JGK).
807.2 Berufszulassung und -ausübung der Gesundheitsberufe liberaler regeln, natürliche Heilmethoden fördern und Patientenrechte auf Gesetzesstufe ordnen.			

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
807.2.1 Gesundheitsgesetz revidieren und dazugehörige Verordnungen erlassen.	1		Gesetzesrevision und neue Ausführungsverordnungen sind auf 1. Januar 2002 in Kraft getreten.

808 Aufgabenfeld Fürsorgewesen

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
808.1 Im Rahmen des Projekts «Integrale Überprüfung des Fürsorgewesens» das Modell «Steuerung» realisieren mit dem Ziel, ein Netz von sozialen Angeboten zu gewährleisten, das die soziale Sicherheit und die Sozialrechte gemäss Kantonsverfassung umsetzt, effizient und wirtschaftlich betrieben und von Kanton und Gemeinden solidarisch getragen wird.			
808.1.1 Gesetzesgrundlagen zur Umsetzung des Modells «Steuerung» und die dazugehörigen Folgeerlasse erarbeiten.	1		SHG und Ausführungsverordnungen bzw. Änderungen sind auf 1. Januar 2002 in Kraft getreten.
808.1.2 Steuerungsinstrumente unter Einbezug der Betroffenen, insbesondere der Gemeinden, ausarbeiten.	1		Die Steuerungsinstrumente sind ausgearbeitet bzw. werden in den Bereichen, in denen das Gesetz Übergangsfristen vorsieht, bis zu deren Ablauf noch erarbeitet.

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion

809 Aufgabenfeld Kirchen, Gemeinden und Raumordnung

8092 Gemeinden und Raumordnung

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
8092.1 Optimierung der kommunalen Ebene und Pflege des Verhältnisses Kanton-Gemeinden.			
8092.1.1 Klare Vision des Kantons für den Bereich Gemeinden entwickeln und umsetzen.	1	1999 bis 2001	Mit Regierungsratsbeschluss Nr. 3430 vom 24. Oktober 2001 und einem Projektauftrag des Justiz-, Gemeinde- und Kirchdirektors wurden die formellen Voraussetzungen für die Umsetzung des Schwerpunktprogramms «Gemeindereformen (GEREF)» geschaffen. Die Direktionen und die Staatskanzlei wurden verpflichtet, bei künftigen Gesetzgebungsprojekten den Gemeinden bei übertragenen Aufgaben Mindestanforderungen vorzugeben. Unter der Federführung des Kantons Bern (AGR) wurde eine interkantonale Arbeitsgruppe für Reformfragen eingesetzt.
8092.1.2 Chancen des totalrevidierten Gemeindegesetzes optimal nutzen und die Erkenntnisse aus dem Projekt Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden umsetzen.	2	1999 bis 2002	Die Mehrheit der politischen Gemeinden hat ihre Vorschriften dem neuen Gemeindegesetz angepasst. Die Gemeinden wurden dabei durch das AGR beraten und unterstützt. Arbeitshilfen, Berichte und verschiedene Mustervorlagen stehen im Internet zur Verfügung. Das Bedürfnis nach New Public Management/ NPM (wirkungsorientierte Verwaltungsführung) ist gewachsen. Das Kursangebot für politische Parteien zum Thema NPM stiess auf grosses Interesse. Die Grundlagearbeiten für ein modernes Rechnungswesen der Gemeinden wurden mit dem neuen Handbuch Gemeindefinanzen und den Anhängen für die Finanzverwaltung und die Rechnungsprüfung abgeschlossen.
8092.2 Die Abstimmung der Politikfelder Raumordnung, Wirtschaft, Umwelt und Finanzen intensivieren.			
8092.2.1 Überarbeitung des kantonalen Richtplanes.	1	1999 bis Mitte 2002	Vom 20. Februar bis 31. Mai 2001 fand das Mitwirkungs- und Vernehmlassungsverfahren zum Richtplanentwurf statt. Am 24. Oktober 2001 nahm der Regierungsrat den Standbericht 01 zustimmend zu Kenntnis und stellte die Weichen für die Bereinigung des Richtplanentwurfes. Vom 3. Dezember 2001 bis zum 11. Januar 2002 lag der bereinigte Richtplanentwurf den Direktionen zum Mitbericht vor. Ende Februar 2002 soll der Richtplan vom Regierungsrat verabschiedet und anschliessend dem Bund zur Genehmigung unterbreitet werden.

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
8092.2.2 Die wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkte (ESP) marktgerecht zur Realisierung vorbereiten und aktiv promovieren.	2	1999 bis Ende 2003	Der Abschluss der Kooperationsvereinbarungen für die ESP-Standorte verzögert sich um ca. ein halbes Jahr auf Mitte 2002. Mit Bern Brünnen, Thun Nord/Steffisburg und St-Imier «rue de la Clef» sind drei neue Standorte ins ESP-Programm aufgenommen worden. Im ESP Bern Wankdorf hat der Kanton die Federführung übernommen und die Mittel für eine prioritäre Umsetzung bereitgestellt. Das Umwelt- und Verkehrsmodell (Fahrleistungsmodell) für ESPs ist weiterentwickelt und konsolidiert worden. Es wurde mit dem Massnahmenplan LRV abgestimmt und zusammen mit dem ESP-Programm im kantonalen Richtplan verankert. Das Modell wird von anderen Kantonen und dem Bund mit Interesse verfolgt und als innovativ gewürdigt. Zur besseren Kommunikation des ESP-Programmes wurde der «ESP-Barometer» lanciert. Zur besseren Promotion baureifer ESP-Standorte sind periodische Investorengespräche eingeführt worden.
8092.2.3 Die Umsetzung prioritärer Entwicklungsziele in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Privaten fördern.	2	1999 bis 2002	Im Projekt Regionalzentren ist die Umsetzung des Wettbewerbes angelaufen. Von der Preissumme von 3,5 Mio. sind bis Ende 2001 425 000 Franken an prämierte Realisierungen von Gemeinden ausbezahlt worden. Im Projekt Strategische Arbeitszonen sind nach einem kapazitätsbedingten Unterbruch die Arbeiten wieder aufgenommen worden. Sie werden vorerst an drei Standorten aktiv weitergeführt. Im Projekt EXPO 02 Arteplage Biel sind zwei Abänderungen zur kantonalen Überbauungsordnung vorgenommen und für alle wesentlichen Anlagen die Baubewilligungen erteilt worden.

810 Aufgabenfeld Sozialversicherungen, Familien- und Jugendhilfe

8101 Sozialversicherung

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
8101.1 Die soziale Sicherheit der Bevölkerung im Kanton Bern im Rahmen des Bundesrechts sicherstellen.			
8101.1.1 Sicherstellen der finanziellen Mittel und Umsetzen des Bundesrechts.	2	2001 bis 2003	Gesetz betreffend die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung (EG KUMV) in Kraft gesetzt.

811 Aufgabenfeld Gerichts- und Justizverwaltung

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
811.1 Planen und Bereinigen der Strukturen der Gerichts- und Justizverwaltung.			
811.1.1 Überprüfung der Strukturen der Bezirksverwaltung.	1	2002 bis 2006	Nach den Beschlüssen des Grossen Rates vom 21. November 2001 (Planungserklärung) werden nunmehr in einem ersten Schritt Elemente der pragmatischen Optimierung umgesetzt; in einem zweiten Schritt wird die weiter geltende Reform der dezentralen Verwaltung unter Berücksichtigung der Planungserklärung bearbeitet.
811.1.2 Überprüfung der Aufgaben der Regierungsstatthalter.	1	1999 bis 2006	Eine Überprüfung der Aufgaben der Regierungsstatthalter hat bereits im Rahmen der bisherigen Arbeiten an der Reform der dezentralen Verwaltung (vgl. dazu 811.1.1) stattgefunden; die Ergebnisse fliessen in die weiteren Arbeiten an diesem Projekt ein.

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
811.1.3 Zusammenfassung der rechtssprechenden Funktionen im Straf-, Zivil- und öffentlichen Recht in den Kreisgerichten und in einer einheitlichen, kantonalen, oberen Instanz.	1	1999 bis 2006	Die Bearbeitung der Thematik erfolgt im Rahmen der Reform der dezentralen Verwaltung (vgl. dazu 811.1.1).

Polizei- und Militärdirektion

812 Aufgabenfeld Polizei

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
812.1 Optimierung der polizeilichen Zusammenarbeit im Kanton Bern.			
812.1.1 Schaffen der Voraussetzungen zur Zentralisierung der spezialisierten Dienste der Kriminalpolizei bei der Kantonspolizei.	1	Ab 2002	Der neue Gerichtspolizeivertrag mit der Stadt Bern ist am 1. Januar 2002 in Kraft getreten.
812.1.2 Intensivierung der Bekämpfung der organisierten Kriminalität.	1	Ab 2001	Umsetzung der operativen Kriminalanalyse in der Fallbearbeitung; Ausbau im Bereich Bekämpfung Computerkriminalität.
812.1.3 Sicherheitsmarketing als ständiges Instrument zur Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheit der Bevölkerung.	2	Ständiges Instrument	In jedem Amtsbezirk mindestens ein Projekt realisiert. Weiterführung als ständige Massnahme.

814 Aufgabenfeld Schutz und Sicherheit

8141 Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
8141.1 Die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen und den Schutz der Bevölkerung auf der Grundlage des neuen Gesetzes über a. o. Lagen (ALG) und in Berücksichtigung der Änderung des Bundesgesetzes über den Zivilschutz gewährleisten.		laufend	Keine a. o. Lagen im Jahr 2001
8141.1.1 Umsetzen der im ALG verankerten Grundsätze und der Verordnungen sowie Sicherstellen der Einsatzbereitschaft im Hinblick auf a. o. Lagen.	1	In Realisierung, Abschluss 2001/2002	Die Umsetzung des ALG ist grösstenteils vollzogen. Letzte Mängel werden im Zuge der Kontrollen des AMB behoben.
8141.1.2 Schaffen eines neuen Leitbildes Zivilschutz.	2	ab 2003/2004	Auf kantonaler Ebene wurde das bisherige Projekt eines kantonalen Leitbildes sistiert. Neu wird im Rahmen des Projektes ZIBE (Zivilschutz im Kanton Bern) beurteilt, wie der Zivilschutz im Kanton Bern künftig unter Berücksichtigung der Bundesvorgaben auszugestalten ist.

816 Aufgabenfeld Freiheitsentzug und Betreuung

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
816.1 Die baulichen Unzulänglichkeiten im Freiheitsentzug und insbesondere die Situation im Vollzug stationärer Massnahmen an gemeingefährlichen Tätern verbessern.			
816.1.1 Eine geschlossene Beobachtungs- und Triagestation im Vollzugszentrum St. Johannsen und eine geschlossene psychiatrische Station für akut psychisch gestörte Untersuchungs- und Strafgefangene im Inselspital – unter Berücksichtigung des Erfordernisses eines Standortwechsels der Bewachungsstation – realisieren.	1	2003	Beobachtungs- und Triagestation: Betriebsaufnahme erfolgte im Juli 2001 Bewachungsstation: Umsetzungsplanung verzögert in Abhängigkeit der Planung des Inselspitals, bauliche Realisierung um ein Jahr verschoben; voraussichtliche Betriebsaufnahme neu: Herbst 2003
816.1.2 Die angefangenen Gesamtsanierungen an bestehenden Vollzugseinrichtungen fortsetzen und die Neubauprojekte im Gefängnisbereich realisieren.	1	2006	RG Thun: Betriebsaufnahme erfolgte am 1. Dezember 2001 RG Burgdorf: Projektwettbewerb abgeschlossen, Landerwerb in Arbeit, Betriebsaufnahme voraussichtlich ab 2006

Finanzdirektion

817 Aufgabenfeld Finanzen, Personalwesen, Liegenschaften und Informatikwesen

8171 Finanzen

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
8171.1 Den Finanzhaushalt bis zum Jahr 2002 nachhaltig sanieren.			
8171.1.1 Es sind Schwerpunkte für die künftige Aufgabenerfüllung zu setzen; diese ist insbesondere der tatsächlichen bernischen Wirtschaftskraft anzupassen; die Nettoinvestitionen sind durch verbindliche Plafonds zu begrenzen.	1	2002	Der Voranschlag 2002 und der Finanzplan 2003 bis 2005 wurden ohne zusätzliches Sanierungspaket erarbeitet. Es konnten erstmals für sämtliche Planjahre positive Saldi ausgewiesen werden. Als Folge von vier Grossprojekten im Bildungsbereich musste der Investitionsplafond leicht erhöht werden.
8171.1.2 Die finanziellen Führungsinstrumente – Finanzplan, Finanzinformationssystem, Finanzstatistik – sind zu verstärken und auszubauen.	2	2003 bis 2004	Die finanziellen Führungsinstrumente (insbesondere im Planungs- und im Vollzugsbereich) werden im Rahmen des Projekts NEF 2000 grundlegend überprüft und ausgebaut.
8171.2 Den Finanz- und Lastenausgleich neu ordnen; die Disparitäten unter den Gemeinden abbauen.		2002	
8171.2.1 Die im Bericht «Neuordnung des bernischen Finanz- und Lastenausgleichs» vorgeschlagenen Massnahmen sind termingerecht umzusetzen.	1	2002	Die Umsetzung des Finanz- und Lastenausgleichs erfolgt im Rahmen des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG), welches vom Grossen Rat in der November-Session 2000 verabschiedet wurde und auf den 1. Januar 2002 in Kraft treten wird.
8171.2.2 Die Aufgaben und die Finanzströme zwischen Kanton und Gemeinden sind konsequent zu entflechten.	1		Vgl. dazu die Ausführungen unter der vorstehenden Ziffer 8171.2.1.

8172 Personalwesen

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
8172.1 Motivation und Qualifikation der Mitarbeitenden aller Stufen fördern, damit der Kanton Bern als Arbeitgeber konkurrenzfähig bleibt.			
8172.1.1 Für die Führungs- und Kaderentwicklung ist ein Konzept zu formulieren und umzusetzen.	2		Die Umsetzung des Konzeptes «Führungs- und Kaderentwicklung in der kantonalen Verwaltung Bern» (RRB 1424/00) und der Massnahmen zur Kadernachwuchsförderung (RRB 2536/01) erfolgt gemäss den jeweiligen Massnahmenplänen.
8172.1.2 Die Flexibilität im Gehaltsbereich und der Leistungsaspekt sind zu verstärken.	1	2003	Die Bearbeitung erfolgt im Projekt «Personal- und Lehreranstellungsgesetzgebung» (PELAG).
8172.2 Die Anstellungsbedingungen den neuen externen und internen Anforderungen (z.B. NPM/NEF) anpassen.			
8172.2.1 Mit dem Einbezug weiterer Arbeitszeitmodelle soll dem Bedürfnis nach weiterer Flexibilisierung der Arbeitszeit sowie den Anforderungen der Neuen Verwaltungsführung Rechnung getragen werden.	1		Die Vorbereitungsarbeiten für die Einführung der Jahresarbeitszeit wurden im Rahmen des Projekts ARFLEX abgeschlossen. Die Jahresarbeitszeit kann durch die Direktionen ab 1. Januar 2002 eingeführt werden.

818 Aufgabenfeld Steuern

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
818.1 Der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen Rechnung tragen und die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons stärken.			
818.1.1 Mit der Steuergesetzrevision 2001 soll die einjährige Veranlagung mit Gegenwartsbemessung realisiert werden.	1		Das revidierte Steuergesetz wurde in der Volksabstimmung vom 21. Mai 2000 angenommen.

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
818.1.2 Das Steuerrecht soll vereinfacht werden und sowohl für Steuerpflichtige als auch für die Verwaltung mit weniger Aufwand verbunden sein.	2		Siehe vorstehende Ziffer 818.1.1.
818.1.3 Eine Verbesserung der Steuerbelastung im interkantonalen Vergleich anstreben (Steuerrecht der natürlichen Personen und der Unternehmungen).	2		Siehe vorstehende Ziffer 818.1.1.

Erziehungsdirektion

819 Aufgabenfeld Kindergarten und Volksschule

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
819.1 Die Volksschulgesetzgebung vollständig umsetzen.			
819.1.1 Eine neue Bildungseingangsstufe definieren und in Schulversuchen erproben.	3	Schulversuche und flächendeckende Einführung zeitlich noch unbestimmt.	Ein Konzept zur Einführung der Basisstufe, das in Schulversuchen erprobt werden soll, ist in Bearbeitung.
819.1.2 Das neunte Schuljahr neu ausrichten.	2	Ab 2005.	Die Pilotversuche laufen bis 31. März 2003.
819.1.3 Auf die Bedürfnisse fremdsprachiger Kinder angepasste Bildungsangebote bereitstellen.	2	Einzelne Massnahmen werden laufend umgesetzt, andere werden im Rahmen der Umsetzungsarbeiten zum Art. 17 VSG realisiert.	Das Gesamtkonzept liegt vor. Die Teilkonzepte sind zum Teil erstellt, zum Teil müssen sie noch erarbeitet werden.

820 Aufgabenfeld Sekundarstufe II

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
820.1 Die Kantonalisierung der Schulen und Institutionen der Sekundarstufe II weiterführen und abschliessen.			Das Geschäft ist abgeschlossen.
820.1.1 Die Liegenschaften der Gymnasien übernehmen.	1		Das Geschäft ist abgeschlossen.
802.1.2 Die Berufsschulen und die Berufsberatung haushaltneutral kantonalisieren und neu organisieren.	1	Die hängigen Geschäfte im Liegenschaftsbereich sollten im Jahr 2002 erledigt werden können.	Der Betrieb der Berufsschulen und der Berufsberatungsstellen ist kantonalisiert. Die Handänderungsverträge für die zu übernehmenden Liegenschaften liegen im Entwurf vor. Einzelne Mietverträge sind abgeschlossen. Die Haushaltneutralität konnte nicht erreicht werden, da dem Kanton von den Gemeinden im Bereich der Infrastruktur neu Rechnung gestellt wird.
820.1.3 Das Dekret über die Finanzierung der Lehrergehälter ändern.	1		Das Geschäft ist abgeschlossen.
820.2 Eine neue Ausrichtung und eine neue Organisation der 10. Schuljahre erarbeiten.			
820.2.1 Eine entsprechende gesetzliche Grundlage im Gesetz über die Berufsbildung und die Berufsberatung schaffen.	2	Realisiert.	Die berufsvorbereitenden Schuljahre sind am 1. August 2001 integriert in kantonale Berufsschulen erfolgreich gestartet. Eine Evaluation des Projekts ist in Vorbereitung.

821 Aufgabenfeld Tertiärstufe

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
821.1 Den Hochschulbereich qualitativ und quantitativ konsolidieren.			
821.1.1 Dem Grossen Rat ein Gesetz über Zulassungsbeschränkungen im Hochschulbereich vorlegen.	1		Die Arbeiten wurden sistiert.
821.1.2 Dem Grossen Rat die Schaffung der Fachhochschulbereiche Kunst und Musik beantragen.	2		Das Geschäft ist abgeschlossen.

823 Aufgabenfeld Kultur und Sport

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
823.1 Die veralteten gesetzlichen Grundlagen für die Kulturpflege erneuern.			
823.1.1 Dem Grossen Rat ein Denkmalpflegegesetz vorlegen.	1		Seit 1. Januar 2001 in Kraft.

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

824 Aufgabenfeld Gewässerschutz und Abfall

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
824.1 Die Qualität von Gewässern und Boden als Lebensgrundlage erhalten und verbessern. Förderung einer umweltschonenden und volkswirtschaftlich tragbaren Abfallverminderung und -entsorgung.			
824.1.1 Gefährdungen erkennen und eliminieren.	1	Daueraufgabe	Daueraufgabe
824.1.2 Optimaler Einsatz der finanziellen Mittel zur Werterhaltung der Infrastruktur (VOKOS umsetzen).	1	Einlagen in Spezialfinanzierung «Werterhaltung» gemäss Artikel 32 KGV: ab 1. Januar 2001 60% ab 1. Januar 2005 100%	Überprüfung der Gemeinderechnungen durch Regierungsstatthalterämter.
824.1.3 Sicherstellen der notwendigen Abfallentsorgungskapazitäten (Deponieverbot 2000 umsetzen, Verminderung illegaler Entsorgung).	1	2005 Inbetriebnahme KVA Thun.	Deponieverbot wird so weit möglich umgesetzt. Entsorgungskapazität wird mit Bau KVA Thun 2005 geschaffen.

825 Aufgabenfeld Öffentlicher Verkehr

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
825.1 Den regionalen und den Nahverkehr erhalten und gezielt ausbauen. Anbindung an das Hochleistungsnetz im internationalen Verkehr.			
825.1.1 Koordinierte, effizienzorientierte Angebotsplanung und -bestellung.	1	Regionalverkehr 2001 bis 2005 Internationaler Verkehr 2007	Auf den Fahrplanwechsel Ende Mai wurde der Angebotsbeschluss 2001 bis 2005 umgesetzt. Die vorgesehenen Angebotsverbesserungen und Leistungssteigerungen konnten innerhalb des gesetzten finanziellen Rahmens mit den Transportunternehmen vereinbart werden. Die Communauté d'intérêt Simplon-Lötschberg (CISL) veröffentlichte die Broschüre «Integriert im europäischen Schienennetz – Betrachtungen zur Bahnzukunft der Schweiz». Die Broschüre enthält insbesondere die Zielvorstellungen für den Betrieb der Lötschberg-Simplon-Achse ab 2007.
825.1.2 Unterstützung Projekte Bahn 2000 und NEAT, Optimierung Anschlüsse TGV, ICE, Pendolino.	1	Bahn 2000 bis 2005 NEAT-Lötschberg 2007 Anbindung der Schweiz an Hochleistungsnetz Europas; Realisierungszeitpunkt hängt von der Verfügbarkeit der finanziellen Mittel des Bundes (gemäss FINÖV) ab.	Neubaustrecke Mattstetten–Rothrist, Basistunnel Lötschberg sowie Streckenausbauten Iselle–Domodossola im Bau. Planung und Projektierung von Investitionsmodulen für die Verbindungen Schweiz–Frankreich (u. a. Bern–Neuenburg–Pontarlier–Dijon) sind aufgenommen.

826 Aufgabenfeld Energie und Wasser

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
826.1 Umweltschonende, wirtschaftliche und sichere Energie- und Wasserversorgung			
826.1.1 Umsetzung der Ergebnisse des Energiedialogs; Erarbeitung konsensfähiger Lösungen unter veränderten Rahmenbedingungen (Marktöffnung).	1	Aufgaben, die der Kanton auf Grund des Bundesgesetzes (sofern es in der Volksabstimmung 2002 angenommen wird) bis 2008 zu erfüllen hat.	Verwaltungsinterne Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit dem Thema und orientiert im ersten Quartal 2002 die Regierung.
826.1.2 Förderung der zweckmässigen und effizienten Energieanwendung (Energieberatung, Minergie-Label, Technologietransfer u. a.).	1	Laufende Aufgabe auf Grund von Kantonsverfassung und Energiegesetz	Die Aufgaben werden durch die Abteilung Energie wahrgenommen, MINERGIE ist eine Erfolgsgeschichte, Energieberatung gehört zum Standard.
826.1.3 Zusammenfassen der Plangrundlagen aller Wasserversorgungen im Projekt «Reseau».	2	Das Projekt «Reseau» wurde 2001 abgeschlossen und geht nun in die Realisierung beziehungsweise Nutzung.	Aufbau der Servicestelle «Reseau» bis Ende 2004, nachher Normalbetrieb der Nachführung und Gemeindebetreuung.

827 *Aufgabenfeld Tiefbau*

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
827.1 Koordinierte, angebotsorientierte Verkehrsplanung.			
827.1.1 Vollzug des bundesgesetzlichen Auftrages zur Fertigstellung des Nationalstrassennetzes.	1	Die Realisierung erfolgt nach Massgabe des langfristigen Bauprogramms des Bundes sowie der zur Verfügung stehenden Bundes- und Kantonsmittel.	Gearbeitet wird zurzeit an der Fertigstellung der Nationalstrasse N16 Transjurane, der N5 Biel–Solothurn und am Abschluss der N6 bei Wimmis. Es verbleiben danach im Wesentlichen noch die Realisierung der Umfahrung von Biel sowie von vergleichsweise kleineren Massnahmen an diversen Achsen.
827.1.2 Gewährleistung einer angemessenen Erschliessung ländlicher Gebiete und wirtschaftlicher Zentren durch Kantonsstrassen.	1	Es handelt sich um eine Daueraufgabe im Rahmen des Vollzugs regionaler Richtpläne sowie der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel.	Vollzug.
827.1.3 Schutz vor schädlichen Immissionen des Strassenverkehrs.	1	Wahrnehmung einer gesetzlichen Aufgabe. Die Vorgabe (Vollzug bis 2002) kann auf Grund der finanziellen Ressourcen und von Verzögerungen (z. B. zeitraubende Absprachen mit Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern beim Einbau von Lärmschutzfenstern) nicht eingehalten werden. Wahrscheinlicher Realisierungshorizont: Nationalstrassen bis 2007, Kantonsstrassen bis 2020	Der Schwerpunkt der gegenwärtigen Bemühungen liegt beim Lärmschutz.
827.2 Langfristige Werterhaltung der Infrastruktur Nationalstrassen und Kantonsstrassen.			
827.2.1 Prioritätensetzung in der Planung und Mittelverwendung (Verlagerung vom Neubau hin zu Umgestaltung und Unterhalt).	1	Daueraufgabe	Im Bereich Nationalstrassen ist in 1. Priorität der eidgenössische Netzbeschluss zu vollziehen; hier besteht wenig Handlungsspielraum. Im Bereich Kantonsstrassen ist die Verlagerung zur Umgestaltung im Gang. Es wird nur noch eine vergleichsweise bescheidene Zahl an Neubauten erstellt, worunter insbesondere im Zusammenhang mit Entwicklungsschwerpunkten sowie Erschliessungen (z.B. Erschliessung Flughafen Belp und Umfahrungsstrasse Worb).

828 *Aufgabenfeld Hochbau*

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
828.1 Werterhaltung der Infrastruktur.			
828.1.1 Bereitstellen qualitativ hoch stehender Gebäude von langer Lebensdauer.	1	Daueraufgabe	Systeme unterschiedlicher Lebensdauer und Zweckbestimmung werden in Planung und Ausführung konsequent getrennt, damit ihre Erneuerung zum technisch spätest möglichen und betrieblich frühest erforderlichen Zeitpunkt möglich ist. In die Um- und Neubau-, resp. Umnutzungsprojekte fliessen nebst einer langfristigen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung unter Einbezug der zu erwartenden Folgekosten auch ökologische und soziale Zielsetzungen mit ein.
828.1.2 Zweckmässige Gebäudebewirtschaftung, Desinvestition.	1	Daueraufgabe	Bevor Neuanlagen erstellt werden, wird direktionsübergreifend geprüft, ob Bestehendes durch geeignete betriebliche oder ergänzende bauliche Massnahmen besser genutzt werden könnte. Die unter dem Titel «Überprüfung Bauorganisation» laufenden Arbeiten zur Konkretisierung und Realisierung von Reformvorstellungen im Bereich Raumressourcen werden in einem grösseren Gesamtzusammenhang bearbeitet und zeitlich mit dem Projekt NEF synchronisiert. Die Qualität der Resultate wird an den unter NEF allgemein verfolgten Zielen bezüglich Wirkungs-, Leistungs-, Führungs- und Kostenbeitrag laufend überprüft.

Vollzug der geplanten Vorlagen 1999–2002 (Legislatur-Gesetzgebungsprogramm)

Stand per 31. Dezember 2001

Staatskanzlei

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung im Grossen Rat
2.5.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien		
– Gesetz über die politische Mitwirkung (Änderung)	0	
2.5.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten		
– Projekt «Grosser Rat 160»	7	
2.5.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
–		
2.5.4 Andere Gründe		
–		

Volkswirtschaftsdirektion

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung im Grossen Rat
3.5.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien der Regierungspolitik		
– Gesetz über die Verbesserung des Wohnungsangebotes	0	offen
– Gastgewerbegesetz (GGG)	5	in Kraft seit dem 1. Dezember 2000
– Gesetz über die Arbeitsvermittlung, die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenunterstützung (AVUG)	1	Februar/Juni 2003
– Gesetz über Jagd, Wild- und Vogelschutz (JWVG)	4	Januar/März 2002
– Dekret über die Verbesserung des Wohnungsangebotes	0	offen
– Dekret über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten	0	offen
– Renaturierungsdekret (RenD)	5	in Kraft seit dem 1. Januar 2000
3.5.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten		
– Gesetz über Handel und Gewerbe (HGG)	5	in Kraft seit dem 1. Dezember 2000
– Feuerschutz- und Wehrdienstgesetz (FWG)	4	Januar/März 2002
3.5.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
–		
3.5.4 Andere Gründe		
– Tiergesundheitsgesetz (TGG)	2	September/November 2002
– Tourismusförderungsgesetz (TFG)	1	November 2003/Februar 2004

Gesundheits- und Fürsorgedirektion

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung im Grossen Rat
4.5.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien der Regierungspolitik		
– Spitalversorgungsgesetz	1	1. Lesung: Juni 2003 2. Lesung: November 2003
4.5.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten		
–		
4.5.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
–		
4.5.4 Andere Gründe		
–		

0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen
1 = in Ausarbeitung
2 = in Vernehmlassung
3 = vom Regierungsrat verabschiedet
4 = von der Kommission behandelt
5 = vom Grossen Rat verabschiedet
6 = Referendumsfrist läuft
7 = vor der Volksabstimmung
8 = zurückgezogen

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung im Grossen Rat
5.5.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien der Regierungspolitik		
– Gesetz über die Organisation der Gerichtsbehörden in Zivil- und Strafsachen	2	2002
– Gesetz über die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter	2	2002
– Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches	2	2002
– Gesetz über das Strafverfahren	2	2002
– Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches	2	2002
– Gesetz betreffend die Handänderungs- und Pfandrechtsabgaben	2	2002
– Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs	2	2002
– Dekret über die Gebühren der Zivilgerichte	1	2002
– Dekret über die Arbeitsgerichte	1	2002
– Dekret betreffend die Gebühren in Strafsachen	1	2002
– Dekret über die Organisation der Kreisgrundbuchämter	1	2002
– Dekret über die Gebühren des Verwaltungsgerichts und verwaltungsunabhängiger Verwaltungsjustizbehörden	1	2002
– Gesetz über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	0	
– Einführungsgesetz zum AHVG	0	
– Einführungsgesetz zum IVG	0	
– Gesetz betr. die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, Unfall- und die Militärversicherung (EG KUMV)	0	November 2001
– Gesetz über Kinderzulagen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	
– Gesetz über das Strafverfahren	6	
		2002
5.5.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten		2005
– Gesetz über das Strafverfahren	2	
– Baugesetz	0	
		2002
5.5.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
– Gesetz betreffend die Zivilprozessordnung	3	
5.5.4 Andere Gründe		

Polizei- und Militärdirektion

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung im Grossen Rat
6.5.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien der Regierungspolitik		
– Gewerbegesetz	5	in Kraft seit 1. Dezember 2000
– Ausländergesetz	0	offen
– Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch	5	in Kraft seit 1. Januar 2001
– Gesetz über den Strassenverkehr	1	2003
– Gesetz über den Straf- und Massnahmenvollzug	2	2002/2003
6.5.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten		
– Organisationsgesetz (Aufgabenteilung GEF/POM)	1	2003
6.5.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
– Lotteriegesetz	0	2003/2004
– Filmgesetz	0	2003/2004
– Gesetz über a.o. Lagen	0	2003/2004
6.5.4 Andere Gründe		

0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen
1 = in Ausarbeitung
2 = in Vernehmlassung
3 = vom Regierungsrat verabschiedet
4 = von der Kommission behandelt
5 = vom Grossen Rat verabschiedet
6 = Referendumsfrist läuft
7 = vor der Volksabstimmung
8 = zurückgezogen

Finanzdirektion

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung im Grossen Rat
7.5.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien der Regierungspolitik		
– Gesetz über das öffentliche Dienstrecht (Personalgesetz)	4	1. Lesung Januar 2002
– Gehaltsdekret	4	1. Lesung Januar 2002
– Gesetz über die Bernische Pensionskasse (BPKG)	0	
– Gesetz über die Stellenschaffung, -plafonierung und -bewirtschaftung		1. Lesung Januar 2002
7.5.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten		
7.5.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
7.5.4 Andere Gründe		
– Gesetz über die Steuerung von Finanzen und Leistungen	4	1. Lesung Januar 2002
	4	2. Lesung März 2002
	4	1. Lesung Januar 2002
– Gesetz über die finanziellen Leistungen an die Mitglieder des Regierungsrates		1. Lesung März 2002
– Gesetz über die Aktiengesellschaft Bedag Informatik		2. Lesung Juni 2002

Erziehungsdirektion

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung im Grossen Rat
8.5.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien der Regierungspolitik		
– Gesetz über die Zulassungsbeschränkungen im Hochschulbereich	8	
– Gesetz über die Förderung von Turnen und Sport (Änderung)	0	2003
– Volksschulgesetz (Änderung)	6	
8.5.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten		
– Gesetz über die Lehrerinnen- und Lehrerbildung (Änderung)	1	2003
– Gesetz über die Fachhochschulen	1	November 2002
– Gesetz über die Maturitätsschulen (Änderung)	6	
8.5.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
– Gesetz über die Berufsbildung und die Berufsberatung (Änderung)	0	2004
– Gesetz über die Bernische Lehrerversicherungskasse	0	März 2004
8.5.4 Andere Gründe		
– Gesetz über das Interregionale Fortbildungszentrum Tramelan	2	September 2002
– Gesetz über die Aktiengesellschaft Berner Lehrmittel- und Medienverlag	2	März 2002
– Gesetz über das Medienzentrum Schulwarte Bern	0	2004

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung im Grossen Rat
9.5.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm		
Bergregalgesetz	2	2002
9.5.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulate		
Keine		
9.5.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
Abfallgesetz	2	2002
9.5.4 Andere Gründe		
– Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (ÖBG)	3	2002
– Gesetz über den öffentlichen Verkehr, Betriebsbeiträge an die Schifffahrt	1	2003

0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen
1 = in Ausarbeitung
2 = in Vernehmlassung
3 = vom Regierungsrat verabschiedet
4 = von der Kommission behandelt
5 = vom Grossen Rat verabschiedet
6 = Referendumsfrist läuft
7 = vor der Volksabstimmung
8 = zurückgezogen

Druck: Schaer Thun AG, Uetendorf